

## Zustimmung für Doppelspitze

**Parteitag** Der Vorschlag von FDP-Landeschef Michael Theurer könnte auch für die Bundes-FDP attraktiv sein.

**Stuttgart/Berlin.** Der Vorstoß des baden-württembergischen FDP-Landeschefs Michael Theurer für eine Doppelspitze bei den Liberalen stößt auf Zustimmung. Der Vorschlag, die Möglichkeit zu schaffen, sei mit ihm abgestimmt, sagte FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke am Mittwoch in Stuttgart. Den Vorschlag, dies auch für die Bundes-FDP zu tun, sehe er als Anregung für die nächste Sitzung des FDP-Bundesvorstands.

Mit einer Doppelspitze könne die Arbeit auf mehrere Schultern verteilt und die Sichtbarkeit der Partei erhöht werden, sagte Theurer, der auch Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium ist, der „Stuttgarter Zeitung“ und den „Stuttgarter Nachrichten“. „Ich kann mir Doppelspitzen in der Partei auf allen Ebenen vorstellen – nicht nur bei uns im Reformmotor Baden-Württemberg, sondern auch im Bund“, sagte Theurer vor dem FDP-Bundesparteitag an diesem Wochenende in Berlin.

Der baden-württembergische Landesvorstand will sich mit dem Thema in seiner Klausurtagung am 29. und 30. April in Heidelberg befassen, sagte ein Parteisprecher. Um die Doppelspitze installieren zu können, ist eine Satzungsänderung notwendig. Diese wäre frühestens beim nächsten Parteitag im Januar 2023 möglich. Die Liberalen im Südwesten haben aktuell 9800 Mitglieder. Zustimmung für seine Idee bekam Theurer auch vom Landtagsabgeordneten Christian Jung. Er halte dies für einen guten Weg, teilte er auf Twitter mit.

Aktuell ist Christian Lindner alleiniger Vorsitzender der Liberalen. Beim Bundesparteitag müssen einzelne Posten neu besetzt werden, unter anderem der des Generalsekretärs. Der bisherige Generalsekretär Volker Wissing wechselte als Digital- und Verkehrsminister ins Bundeskabinett, ihm soll Bijan Djir-Sarai folgen, der das Amt bereits kommissarisch ausübt.

Theurer sagte, es sei ein guter Zeitpunkt, um eine Reform der Partei anzugehen. „Gerade als Regierungspartei müssen wir den Erneuerungsprozess fortsetzen, den wir nach 2013 begonnen haben.“ Damals war die FDP zeitweise aus dem Bundestag geflogen. *dpa*



Bisher hat die FDP nur einen Vorsitzenden: Christian Lindner.

# „Ich habe jede Nacht gebetet, dass ich überlebe“

**Krieg** Die Ukrainerin Anastasiia Zaieva ist aus Charkiw in den Südwesten geflüchtet. Bald beginnt sie ein Freiwilliges Soziales Jahr, für das sie sich schon vor dem Krieg beworben hat.

Wenige Tage vor Kriegsausbruch läuft im Leben von Anastasiia Zaieva noch alles nach Plan: Die Deutsch-Studentin hat ein Online-Vorstellungsgespräch bei der Evangelischen Tagungsstätte in Löwenstein (ETL) im Landkreis Heilbronn für eine Stelle für ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ). Über das „Incoming“-Programm der Diakonie in Baden und Württemberg haben junge Menschen aus aller Welt die Möglichkeit, ein Jahr in einem sozialen Dienst Erfahrungen zu sammeln, Menschen kennen zu lernen und zugleich etwas Nützliches zu tun.

Zaieva findet es attraktiv, bei der Planung von Seminaren mitzuhelfen zu können, Referentinnen und Referenten zu betreuen und die Homepage der Tagungsstätte zu pflegen und hat sich deshalb bei der ETL beworben. Noch im Gespräch erhält sie eine Zusage für ein Freiwilliges Soziales Jahr.

Doch dann wird sie am 24. Februar um 5.10 Uhr aus dem Schlaf gerissen: „Wir hörten das Einschlagen von Raketen und unsere Fensterscheiben wackelten.“ Militärbauwerke in der ganzen Ukraine werden beschossen. Die 20-Jährige ist schockiert: „Wir waren nicht vorbereitet auf einen Krieg, weil wir dachten, dass es nicht sein kann, dass im 21. Jahrhundert noch einmal ein Krieg in Europa ausbricht.“ Drei Tage und Nächte saß sie im Keller ihres Hochhauses. „Ich habe jede Nacht gebetet, dass ich überlebe“, sagt die junge Frau mit den langen, glatten Haaren.

Als sie erfährt, dass auch das Rathaus der zweitgrößten Stadt der Ukraine zerschossen ist, das sich nur wenige Meter von ihrer Universität befindet, bekommt sie die Angst: Wird bald auch ihr Haus getroffen? Es gab keinen Strom, kein Mobilfunknetz, und die Russen kamen in dieser Zeit mit ihrem Beschluss dem großen Atomkraftwerk in Sporschschja gefährlich nahe. Für sie ist klar: Sie muss das Land verlassen.

„Wir waren zutiefst betroffen, als wir die Nachricht von Anastasiia erhielten, dass es Explosionen gibt und wir für sie beten sollen“, sagt Beate Hanke, Mitarbeiterin der Bildungsabteilung der Evangelischen Tagungsstätte. „Unsere Leiterin Frau Bachteler sagte dann, wenn Frau Zaieva es irgendwie hinbekommt zu fliehen, dann nehmen wir sie auch früher auf, wir bekommen das hin.“

### Erster Aufenthalt im Ausland

Anastasiia Zaieva packt ihren Wanderrucksack und flieht. Für sie ist es ein Wunder Gottes, dass ihre Nachbarin sie mit dem Auto ans andere Ende der Stadt zum Bahnhof fährt – in einer Zeit, in der viele Menschen Unsummen von Geld für solche Autofahrten von Fluchtwilligen nehmen. Nach



Anastasiia Zaieva aus der Ostukraine macht ab Herbst ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Evangelischen Tagungsstätte Löwenstein.

13 Stunden Warten in Eiseskälte vor dem Bahnhof geht die chaotische Reise los. Vier Tage später kommt die völlig übermüdete Ukrainerin in Löwenstein an und darf erst einmal drei Wochen lang bei der Familie von Beate Hanke ankommen. Seit einigen Tagen wohnt sie in der Evangelischen Tagungsstätte mit anderen internationalen FSJlern aus Georgien und Indonesien zusammen – alles aufregend für Zaieva, die bisher noch nie im Ausland war. Bevor sie im Herbst ihr Freiwilliges Soziales Jahr beginnt, will sie ihr Studium abschließen und hilft bereits als Übersetzerin aus, wo sie gebraucht wird.

Beispielsweise war sie vor Kurzem in der Evangelischen Gemeinde in Affaltrach bei einem Begegnungstreffen, bei dem sie zwischen deutschen ehrenamtlichen Helfern und ukrainischen Flüchtlingen übersetzt hat. „Ich helfe sehr gerne zu übersetzen und bin so froh, dass ich zwischen

den Sprachen und Kulturen vermitteln kann.“ Anastasiia Zaieva sieht in dem FSJ auch für andere ukrainische Landsleute eine gute Möglichkeit, in Deutschland anzukommen und sich zu integrieren – vorausgesetzt sie können wie sie bereits etwas Deutsch.

Bisher bewerben sich noch nicht mehr Menschen aus der Uk-

### Arbeiten für das Gemeinwohl

**Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ)** ist ein Freiwilligendienst für junge Menschen im Alter von 15 bis 26 Jahren. In der Regel dauert es ein Jahr, es sind aber auch sechs Monate oder bis zu 24 Monate möglich. FSJ-Teilnehmer arbeiten in gemeinwohlorientierten Einrichtungen, etwa Krankenhäuser, Pflegedienste, Schulen, Kitas oder Museen. Der Freiwilligendienst in Deutschland ist auch für Bewerber aus dem Ausland möglich.

raine als sonst auf ein FSJ, erklären die Diakonie in Baden und Württemberg. Aber die evangelischen Wohlfahrtsorganisationen rechnen damit, dass sich in den kommenden Monaten mehr Geflüchtete aus der Ukraine für einen Freiwilligendienst interessieren werden.

„Darauf stellen wir uns ein, indem wir etwa bei Stellen mit Unterkünften, die wir sonst an Menschen aus aller Welt vergeben, ein gewisses Kontingent für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine vormalten“, sagt Christian Köneemann, Pressesprecher der Diakonie in Baden. Allerdings würde auch von Geflüchteten vor Dienstantritt grundlegende Deutschkenntnisse erwartet, damit sie mit den Menschen sprechen können, für die sie sich engagieren wollen, fügt er einschränkend hinzu. „Auch deshalb braucht es etwas Zeit, bevor ein Freiwilligendienst denkbar ist.“

Judith Kubitscheck, epd

## Gutachten bringt keine Klarheit

**Brand** Warum ein Feuer im Dachstuhl ausgebrochen war, kann nicht geklärt werden. Eine Mutter und drei Kinder starben.

**Kraichtal.** Die Ursache des Brandes mit vier Toten Anfang März in Kraichtal (Kreis Karlsruhe) bleibt vermutlich ungeklärt. Auch gutachterliche Untersuchungen des Landeskriminalamts (LKA) konnten keine Gewissheit bringen. Nach Abschluss der LKA-Prüfung gibt es nach wie vor keine Hinweise auf Fremdverschulden oder eine vorsätzliche Brandstiftung, sagte am Mittwoch ein Polizeisprecher in Karlsruhe. Nicht ausgeschlossen wird, dass ein technischer Defekt das Feuer verursacht haben könnte – oder die Kinder, die beim Ausbruch des Brands im Dachgeschoss gewesen seien.

Bei dem Feuer in einem Dachstuhl waren am 1. März eine 41-jährige Frau und ihre Zwillinge im Alter von sechs Jahren und ein acht Jahre alter Sohn ums Leben gekommen. Die Obduktion der Leichen hatte ergeben, dass alle vier Opfer durch das Einatmen von Rauchgas starben. Ein Bekannter der Familie, der das Feuer löschen wollte, erlitt schwere Brandverletzungen.

Vom Abschluss der Ermittlungen hatte zuvor die „Badische Neuesten Nachrichten“ (BNN) berichtet. Die Familie war gerade erst in das kleine Haus in Kraichtal eingezogen. In der Nachbarschaft kannte sie kaum jemand. Die Familie ist in der Türkei beerdigt worden. Nach Angaben der Polizei muss die Staatsanwaltschaft Karlsruhe prüfen, ob es weitere Ermittlungsansätze gibt oder ob die Ermittlungen eingestellt werden. *dpa*

## Dual studieren

**Bildung** Im Südwesten verbinden besonders viele Studium und Beruf.

**Stuttgart.** So viele Menschen wie in keinem anderen Bundesland haben in Baden-Württemberg dual studiert. Im Jahr 2019 waren es 35 700 Menschen, 9,9 Prozent aller Studierenden, so eine Studie des Centrums für Hochschulentwicklung und des Forschungsinstituts Betriebliche Bildung. Das sind rund 1000 mehr als im Jahr 2017. Damit belegt Baden-Württemberg hinter dem Saarland (29,6 Prozent) den zweiten Platz. Bundesweit betrug der Anteil lediglich 4,2 Prozent.

Mit Stand 2021 gab es in Baden-Württemberg 353 duale Studienangebote. Der Anteil am gesamten Studienangebot liegt damit bei 11 Prozent. Besonders gefragt sind im dualen Studium die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, die Ingenieurwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften. *dpa*

### ZAHLE DES TAGES

# 217

**Millionen Euro** stellt das Verkehrsministerium in diesem Jahr für den Bau und die Sanierung von Straßen und Brücken im Südwesten zur Verfügung. In das Programm sind 81 Projekte aufgenommen worden. Schwerpunkte seien die Modernisierung von Brücken und den Verkehr in Ortsmitten zu beruhigen. Im Vorjahr standen 68 Millionen Euro zur Verfügung. *dpa*

## Naturschutz Wildbienen-Arten weiterhin bedroht

**Stuttgart.** Der Nabu Baden-Württemberg weist daraufhin, dass Wildbienen weiterhin stark bedroht sind. Rund 30 Prozent der Arten seien hochspezialisiert und auf die Pollen einer bestimmten Pflanzenart angewiesen. Sie leiden besonders unter Futtermangel oder fehlenden Lebensräumen. 75 Prozent der Wildbienenarten etwa nisten im Boden, an sonnigen, wenig bewachsenen Stellen. Davon gebe es aber immer weniger, heißt es in der Mitteilung. *epd*

## Baden-Württemberg multimedial

**Stuttgart.** Während der Zwist zwischen Badenern und Württembergern erneut für Schlagzeilen sorgt, soll ein neuer Fotoband die gemeinsamen Seiten des Bundeslandes zeigen. Zum 70. Jahrestag der Gründung Baden-Württembergs am 25. April 1952 versammelt das Werk der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) 350 Fotos. Das Besondere am Fotoband: Über QR-Codes können rund 75 historische Filme aus dem Archiv des Südwestdeutschen Rundfunks (SWR) und des Hauses des Dokumentarfilms in Stuttgart angeschaut werden. *dpa*



Ein neuer Bildband illustriert die Geschichte des Bundeslands.

## Bombendrohung Bahnhöfe gesperrt

**Offenburg.** Wegen Bombendrohungen sind die Bahnhöfe in Offenburg und Lahr (Ortenaukreis) am Dienstagabend kurzzeitig gesperrt worden, teilte die Polizei am Mittwoch mit. Der Bahnverkehr in Offenburg war für vier Stunden unterbrochen. Ein 18-jähriger Verdächtiger wurde vorläufig festgenommen, ein zweiter Verdächtiger wurde wieder entlassen. Kurz nach Mitternacht wurde die Sperrung aufgehoben. Der Bahnhof in Lahr war für zwei Stunden gesperrt. *dpa*